

Positionspapier

des Caritasverbands der Erzdiözese München und Freising e.V.

Das machen wir gemeinsam

Für eine humane Gesellschaft und dauerhaften Zusammenhalt



Verabschiedet von der Delegiertenversammlung
des Caritasverbands der Erzdiözese München und Freising e.V.
per schriftlichem Beschluss (Juli 2021)

Mitarbeitende sind das Herzstück sozialer und pflegerischer Arbeit. Rund 30.000 Beschäftigte und über 15.000 Ehrenamtliche sind in der Diözese München und Freising beim Caritasverband und den angeschlossenen Fachverbänden und Trägern tätig.

Soziale Arbeit und Pflege sind systemrelevant – Das ist eine Arbeit von Menschen, mit Menschen und für Menschen.

Die Corona-Pandemie hat diesen Bereich deshalb im Kern getroffen. Mitarbeitende mussten plötzlich erleben,

- ➔ dass ihre Arbeit ein hohes, persönliches Gesundheitsrisiko einschließt,
- ➔ dass sie besonders gefordert sind, während sich andere ins Homeoffice zurückziehen können,
- ➔ dass sie plötzlich eine hohe gesellschaftliche Anerkennung erfahren, welche aber nichts an der übergroßen Belastung, den erschwerten Arbeitsbedingungen, dem zeitweisen Mangel an Schutzausrüstung oder einem teilweise fehlenden Impfangebot geändert hat.

Beschäftigte leisten seit über einem Jahr Großartiges.

- ➔ Sie sorgen dafür, dass die Bewohner/-innen in den stationären Einrichtungen der Altenhilfe, der Eingliederungshilfe oder der Kinder- und Jugendhilfe gut betreut werden und die fehlenden Kontakte sowie die psychischen Zusatzbelastungen so gut wie möglich aufgefangen werden.
- ➔ Sie sorgen dafür, dass die ambulanten Hilfen, dank kreativer Lösungen und neuer Formate, weiterhin zur Verfügung stehen und Menschen in der Krise nicht allein gelassen werden – trotz plötzlich schwer erreichbarer behördlicher Stellen.
- ➔ Und sie sorgen dafür, dass neue Hilfsangebote entstehen für Menschen, deren prekäre Lebenssituationen sich durch die Auswirkungen der Pandemie weiter verschärfen.

Zukunftsorientierte Personalarbeit hat höchste Priorität

Die Corona-Pandemie hat wie durch ein Brennglas gezeigt, wie sehr es auf die Mitarbeitenden in der Sozialen Arbeit und Pflege ankommt. Und sie hat erkennen lassen, welche Folgen es hat, wenn Ehrenamtliche nicht mehr wie gewohnt zur Verfügung stehen.

Die Pandemie hat den Trägern sehr eindrucksvoll vor Augen geführt, wie überlebenswichtig es für soziale Dienste und Einrichtungen ist, qualifizierte und engagierte hauptberufliche und ehrenamtliche Mitarbeitende zu gewinnen und zu halten. Der demografische Wandel bringt zusätzliche Herausforderungen.

Eine zukunftsorientierte Personalarbeit bedeutet für uns in der Caritasfamilie:

Personal vorausschauend gewinnen, binden und weiterentwickeln – auch mit trägerübergreifenden Maßnahmen.

- ➔ Dazu gehört die Akquise neuer Zielgruppen, auch von Berufsrückkehrern/-innen sowie die verantwortbare Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland.
- ➔ Wesentliche Faktoren für Mitarbeitende sind gute Arbeitsbedingungen und ein angenehmes Arbeitsklima. Deshalb gehören flexible, lebensphasenorientierte Arbeitsmodelle, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie die stete Weiterentwicklung von Arbeitsmethoden und Strukturen zu den Kernthemen der Personalarbeit.
- ➔ Dies gilt für hauptamtlich Beschäftigte ebenso wie für die Arbeit mit Ehrenamtlichen. Auch ehrenamtlich Helfende wünschen sich interessante und zukunftsorientierte Aufgaben, damit sie sich langfristig in unseren Einrichtungen und Diensten engagieren.

Angemessene Bezahlung und bedarfsorientierte Qualifizierung

Die Bedeutung sozialer und pflegerischer Arbeit muss sich im Gehalt der Mitarbeitenden niederschlagen sowie in einem bedarfsorientierten Personalschlüssel. Die Träger brauchen dafür verlässliche und kostendeckende Finanzierungen. Benötigt werden zudem ausreichende Ressourcen für Ausbildungs-, Umschulungs- und Nachqualifizierungsmaßnahmen. Eine angemessene Bezahlung sowie Investitionen in das Personal von morgen muss allen Trägern gleichermaßen möglich sein.

Gute Rahmenbedingungen für Leitungskräfte

Eine besondere Verantwortung tragen Leitungskräfte, ihnen muss ein besonderes Augenmerk gelten. Gerade in der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, was die Leitungskräfte vor Ort stemmen müssen und welche herausragenden Führungsqualitäten sie an den Tag legen. Sie werden mit unterschiedlichsten Anforderungen durch Mitarbeitende, Betreute, Angehörige und behördliche Stellen konfrontiert. Um diesen immer gerecht zu werden, müssen die Arbeitsbedingungen von Leitungskräften in einigen Bereichen deutlich verbessert werden. Dazu gehören neben der Anpassung der Eingruppierung eine Überprüfung bürokratischer und rechtlicher Auflagen sowie eine wertschätzende Zusammenarbeit von Seiten der Kontrollbehörden.

Ehrenamt attraktiv halten

Ehrenamtliches Engagement ist ein wesentlicher Faktor für eine humane Gesellschaft. Ehrenamtliche ergänzen die professionellen Dienste und bringen wertvolle Zeit und vielfältige Talente ein. Ehrenamt ist aber kein Selbstläufer. Damit Ehrenamt attraktiv bleibt, muss es gut begleitet werden. Wir brauchen daher ausreichende hauptberufliche Ressourcen und unterstützende Rahmenbedingungen, damit Menschen ihre Talente und ihre Zeit im Rahmen eines Ehrenamtes für andere Menschen einsetzen wollen und können.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Eine große Herausforderung sind die hohen Mietpreise in der Region Oberbayern. Viele Mitarbeitende im sozialen und pflegerischen Bereich können sich das Wohnen am Arbeitsort nicht leisten. Deshalb braucht es noch größere Anstrengungen bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Dazu gehören ein gemeinnütziger Bereich im Wohnungsbau in Ballungsräumen sowie Förderungen, um Personalwohnungen zu schaffen. Auch der Ausbau bedarfsgerechter familienunterstützender Dienstleistungen ist ein wichtiger Baustein.

Förderung der notwendigen Digitalisierung

Die Digitalisierung ist ein großes Zukunftsthema unserer Gesellschaft und damit auch der sozialen und pflegerischen Arbeit. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell Menschen ausgeschlossen werden, wenn ihnen die technische Ausstattung bzw. das erforderliche Knowhow fehlen. Zugleich wurde sichtbar, was alles möglich ist. Die Einrichtungen und Dienste benötigen daher dringend zusätzliche Mittel, um die Infrastruktur anpassen und zukunftsorientierte Konzepte entwickeln und umsetzen zu können.

Solide Finanzierung der Kommunen

Soziale und pflegerische Daseinsvorsorge ist in vielen Bereichen Aufgabe der Kommunen. Damit sie ihre Aufgabe in Zusammenarbeit mit den subsidiär tätigen Trägern gut leisten können, müssen die Kommunen finanziell solide und auskömmlich ausgestattet werden.

Unsere Gesellschaft lebt von Solidarität

Soziale und pflegerische Arbeit ist gelebte Solidarität und damit ein wesentliches Merkmal unserer Gesellschaft. Die caritativen Einrichtungen und Dienste ermöglichen vieles: ein menschenwürdiges Leben, Teilhabe, Bildungschancen, Gerechtigkeit, Beratung und Unterstützung in allen Notlagen. Dies wirkt sich nicht nur auf einzelne Menschen und Familien positiv aus, sondern auf die Gesellschaft als Ganzes. Nur eine humane Gesellschaft, die alle mitnimmt, wird auf Dauer die Demokratie stärken und sich gegen politischen Extremismus wehren können.

Caritative Arbeit braucht Wertschätzung und konkrete Unterstützung

Darum braucht soziale und pflegerische Arbeit eine entsprechende Wertschätzung und Unterstützung durch Gesellschaft und Politik. Die Leistungen müssen anerkannt und gemeinsam sichtbar gemacht werden. Durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe müssen adäquate Rahmenbedingungen und Finanzierungen geschaffen und weiterentwickelt werden. Dabei gilt es, das Subsidiaritätsprinzip ernst zu nehmen und das Einbringen von Eigenmitteln deutlich zu reduzieren bzw. darauf zu verzichten.

Caritas ist gelebte Kirche

Caritative Arbeit ist ein wesentlicher Ausdruck des christlichen Glaubens. Die Pandemie hat offenbart, wie bedeutsam und systemrelevant die vielfältigen Dienste und Einrichtungen des Caritasverbandes und seiner angeschlossenen Fachverbände und Träger sind. Dies ging einher mit der großen Herausforderung, einerseits für die Menschen da zu sein – auch im unmittelbaren Kontakt – und andererseits so viel Infektionsschutz wie möglich zu erreichen. Die innerkirchliche Wertschätzung und Unterstützung der caritativen Arbeit sind daher von großer Bedeutung.

Unsere Forderungen an die Politik

Rechtzeitig zur ersten Bundestagswahl nach der Pandemie gestaltet Oberbayerns größter Wohlfahrtsverband die politische Agenda mit. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie wir die Folgen der Corona-Krise am besten bewältigen können. Der Applaus für die systemrelevanten Berufsgruppen darf nicht ohne Veränderungen verklingen. Die besonders von Corona betroffenen Menschen, wie Kinder und Jugendliche, Arme und Arbeitslose, Alte und Verschuldete müssen besonders in den Mittelpunkt politischer Maßnahmen gerückt werden.

Auf dem Weg zu einer neuen Normalität mit dem Ziel einer sozial gerechten und solidarischen Gesellschaft präsentieren der Caritasverband der Erzdiözese München und Freising e.V. sowie seine rund 100 katholischen Fachverbände und angeschlossenen Träger einen umfangreichen Forderungskatalog an die Politik.

1. Gute Pflege ist ein Menschenrecht!

- ➔ Deshalb brauchen wir eine Pflegereform, die diesen Namen verdient. Der Beifall für das Pflegepersonal muss nun konkrete Veränderungen nach sich ziehen. Klatschen allein genügt nicht, um die pflegenden Berufe attraktiver zu machen. Außerdem wird das Pflegesystem immer teurer, obwohl es etliche Lücken aufweist
- ➔ Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen für Pflegendende. Die im Juni im Bund auf den Weg gebrachte Pflegereform mit gesetzlich verpflichtender Tariftreue ist ein erster richtiger und wichtiger Schritt. Es darf nicht nur um Mindestlöhne gehen. Wir empfehlen die Caritas-AVR als Vorbild und Maßstab für alle pflegenden Arbeitskräfte inklusive Arbeitszeitregelungen, Zuschläge, Zusatzversorgung, betriebliche Altersvorsorge, Besinnungstagen und vieles mehr. Beim AVR ist außerdem immer schon die Gleichstellung von Frauen und Männern selbstverständlich. Nur Pflegeanbieter, die allen Beschäftigten Tariflöhne zahlen und tarifliche Leistungen analog zu den AVR gewähren, dürfen zugelassen und von den Kassen refinanziert werden.
- ➔ Bessere Arbeitsbedingungen heißt nicht nur gutes Gehalt, wie es die Caritas mit den AVR seit Jahrzehnten zahlt. Wir brauchen mehr Personal für eine qualitativ gute Pflege mit mehr Stellen in den pflegenden Berufen, um Schichtpläne zu entzerren. Es braucht auch mehr Beschäftigte in den unterstützenden Berufen wie Alltagsbegleitung und soziale Betreuung, Hauswirtschaft, Haustechnik und Verwaltung, um Pflege- und Pflegehilfskräfte von pflegefremden Leistungen zu entlasten. Wir sollten auch an die denken, die nicht immer im Fokus stehen. Kann die Arbeit auf mehr Schultern verteilt werden. Das entlastet die in der Pandemie besonders geforderten pflegenden Kollegen/-innen. Es gehört auch zur Wertschätzung und Würdigung des außergewöhnlichen Einsatzes der Beschäftigten in Alten- und Pflegeheimen.
- ➔ Pflege muss bezahlbar sein, d.h. die Heimkosten müssen sinken. Ziel ist, die Finanzierung der Pflege auf verlässliche Füße zu stellen, z.B. mit einer Pflege-Vollversicherung sowie einem gedeckelten Eigenanteil für Pflegebedürftige. Dies muss mit Beginn der nächsten Legislaturperiode sofort in Angriff genommen werden. Es darf nicht sein, dass Pflegebedürftige die Zeche einer guten Pflegereform zahlen, in die Pflegearmut rutschen und erstmals den für sie demütigenden Gang zum Sozialamt antreten müssen. Der ins Spiel gebrachte Bundeszuschuss in Höhe von 1 Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt wird angesichts der demografischen Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft zu wenig sein. Schon heute ist jede/r dritte Pflegebedürftige nicht mehr in der Lage, die Kosten für die stationäre Versorgung selbst aufzubringen.

- Diskutiert werden muss, ob künftig nicht nur Kinderlose mit einem zusätzlichen Obolus ihren Beitrag leisten, sondern ob nicht alle Einkommensarten beitragspflichtig gestellt werden sollten (z. B. auch Mieten und Kapitalerträge).
- Von der Politik vergessen wird leider immer wieder die häusliche Pflege. Drei Viertel aller Pflegebedürftigen wird von ihren Angehörigen versorgt, im Schnitt gut 8 Stunden pro Tag. Hilfsangebote sind knapp. Es mangelt an allem: Pflegestützpunkte, Plätze in der Tages-, Kurzzeit- und Nachtpflege. Hier muss mehr investiert werden. Für pflegende Angehörige, überwiegend Frauen, fehlt ein finanzieller Ausgleich für den Einkommensausfall, der Rentenanspruch ist gering. Pflege und Beruf sind kaum zu vereinbaren.

2. Soziale und pflegerische Berufe aufwerten und würdigen

Die Politik hat oft nur die Förderung der MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) im Blick. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die SAGE-Berufe, also Care-Berufe, besonders wichtig und systemrelevant sind. Das Akronym SAGE steht für Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege sowie Erziehung und Bildung. Es geht um personenbezogene soziale Dienstleistungen, die helfen und integrieren, heilen und pflegen, Menschen entwickeln, für ihr Wohlbefinden und ihre Persönlichkeitsbildung sorgen. Sie gelten als typische Frauenberufe (Sozialarbeiterinnen, Alten- und Krankenpflegerinnen, Betreuerinnen, Erzieherinnen, Lehrerinnen etc.) – schlecht bezahlt und wenig wertgeschätzt. Es ist kein Wunder, dass die SAGE-Berufe unter einem zunehmenden Fachkräftemangel leiden.

- MINT und SAGE sind notwendig und gleichwertig. Noch ist das in vielen Köpfen nicht angekommen, wie Gender Pay Gap und Gender Pension Gap eindrucksvoll bestätigen. Das muss sich ändern.
- Politik, Gesellschaft und Tarifpartner müssen endlich anerkennen, dass diese Berufe den Zusammenhalt der Gesellschaft sicherstellen und einen hohen Stellen-Wert haben. Technik, die Tonnen trägt, wird gefeiert. Pflegende, die im Laufe ihres Berufslebens oder als Angehörige ebenfalls schwere Lasten tragen, werden geringer geschätzt als Angehörige technischer Berufe. Auch das muss sich ändern! SAGE-Berufe müssen attraktiver werden, sowohl was die Bezahlung als auch was die Arbeitsbedingungen betrifft, damit sich Frauen und Männer für einen Beruf entscheiden, bei dem der Mensch im Mittelpunkt steht.
- Kompetenzprofile statt starrer Vorgaben. Alle Mitarbeitenden müssen für die jeweilige Tätigkeit entsprechend qualifiziert sein. Durch die Vielzahl der Studiengänge und den generellen Fachkräftemangel sind strikte Vorgaben nach Berufsgruppen in vielen Bereichen mittlerweile kontraproduktiv. Im Sinne von „Kompetenzprofilen“ sollten die Vorgaben der Kostenträger und Heimaufsichten zu Qualifikation und Ausbildung des geforderten Personals praxistauglich angepasst und gehandhabt werden.
- Für die Fort- und Weiterbildung sozialwirtschaftlicher Berufe muss ein Schutzschirm aufgebaut werden, der die Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung neutralisiert.
- Darüber hinaus müssen mehr Ressourcen für die Ausbildung und die laufende Fort- und Weiterbildung zur Verfügung stehen. Die berufliche Bildung darf in der Finanzierung gegenüber Hochschulen nicht zurückbleiben.

3. Familien stärken! Die Jungen fördern! Kitas besser ausstatten!

In der Corona-Krise wurde überdeutlich, dass die Interessen von Familien, Kindern und Jugendlichen unter die Räder kamen. Dies muss schleunigst aufgearbeitet werden, denn Familien, Kinder und Jugendliche brauchen mehr Unterstützung.

- Wir fordern Berlin auf, die finanziellen Rahmenbedingungen für den Bundesfreiwilligendienst (BFD) und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) aufzustocken. Jetzt!
Junge Menschen haben nun ihre Schulabschlüsse in der Tasche und suchen berufliche und persönliche Orientierung. Der Bundesfreiwilligendienst und das Freiwillige Soziale Jahr bieten das. Warum also nicht 50 Stellen mehr in der Erzdiözese München-Freising schaffen? (Beim Doppel-Abitur-Jahrgang vom Übergang vom G9 zu G8 ging es ja auch.)
- Kitas besser ausstatten für mehr Bildungsgerechtigkeit und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet sein, dass der Bayerische Bildungs- und Erziehungsplan dauerhaft gut und qualitativ voll umgesetzt werden kann und die Familien gut begleitet werden können.
- Wir fordern, dass Kindertageseinrichtungen als gesetzliche Pflichtaufgabe vollumfänglich über den BayKiBiG-Zuschuss (Basiswert!) finanziert werden, um Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder, unabhängig von der Finanzkraft der Kommune, zu erreichen. Dazu muss der Basiswert um mindestens 30 Prozent erhöht, der gesetzliche Anstellungsschlüssel auf 1:9 gesenkt werden. Die Refinanzierung muss dementsprechend angepasst werden. Fallen für die Kita zusätzliche Aufgaben der öffentlichen Hand an, muss diese Verwaltungstätigkeit extra finanziert werden.
- Gut ausgebildete Erzieher/-innen und Pädagogen/-innen fordert der Staat, um seine Zusagen gegenüber den Bürgern/-innen halten zu können. Die Beteiligung des Staates an den schulischen Ausbildungskosten lässt demgegenüber viel zu wünschen übrig. Wir fordern: Der Staat muss die Kosten von pädagogischem und erziehendem Personal zu 100 Prozent übernehmen. Auch Miet- und Sachkosten sind zu refinanzieren.
- Die Einrichtungen des Jugendwohnens, die Berufsschüler/-innen während des Blockunterrichts beherbergen und betreuen, wurden von der Pandemie besonders hart getroffen. Bis heute greift kein Rettungsschirm zur Deckung der hohen Einnahmeausfälle als Folge der Schließung der Berufsschulen bzw. des eingeschränkten Schulbetriebs. Es müssen endlich Lösungen gefunden werden, damit das Jugendwohnen als Garant der dualen Berufsausbildung erhalten bleibt und auch in Krisenzeiten die notwendige finanzielle Unterstützung erhält.

4. Folgen der Pandemie bewältigen – wo unterstützt der Staat?

- Wir freuen uns, dass die Bundesregierung den Rettungsschirm für die Sozialwirtschaft bis Ende September verlängert hat. Als Caritas-Träger- und Spitzenverband brauchen wir wirtschaftliche Planbarkeit sowie belastbare und klare Refinanzierungsaussagen der zuständigen politischen Ebenen. Deshalb müssen neben den Corona-bedingten Mehrkosten für Sach- und Personalaufwand auch die Nachwirkungen der Corona-Pandemie finanziert werden, solange das Infektionsgeschehen bestehen bleibt. Für 2021 wären eine möglichst einfache Abrechnung und zügige Bearbeitung durch die Behörden wünschenswert.
- Die Versorgungsstandards bleiben erhalten. Die Refinanzierung der Dienste und Einrichtungen bleibt gesichert.
- Der Rettungsschirm für die Pflege sollte auch auf die Investitionskosten von stationärer Altenhilfe und Tagespflege ausgedehnt werden, damit Bewohner/-innen bzw. Tagespflegegäste nicht mit steigenden Kosten belastet werden.
- Für die finanzielle Planbarkeit der Träger ist es wichtig, dass künftig auch Wagniskosten prospektiv in den Entgelten mit mindestens 5 Prozent eingepreist werden können. Nur so können wir verlässlich jedes Jahr zweckgebundene Rücklagen bilden. Die Verwendung muss neben Sachkosten gleichermaßen auch für Personalkosten möglich sein.
- Für 2022 sind die Förderregelungen in der Pflege entsprechend den außerordentlichen Beeinträchtigungen der Leistungsdaten anzupassen
- Zwingend notwendig ist mehr Tempo bei den Rückerstattungen von Arbeitgeberaufwendungen für Mitarbeitende, die wegen der Corona-Pandemie ausgefallen sind. Von März bis Dezember 2020 ist allein der Caritas-Trägerverband mit weit über 400.000 Euro in Vorleistung gegangen, um Verdienstauffälle für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wegen einer möglichen Corona-Erkrankung oder als Kontaktpersonen nach dem Infektionsschutzgesetz in Quarantäne gehen mussten, abzufedern. Für einen Wohlfahrtsverband, der nicht gewinnorientiert arbeitet, ist es nicht zumutbar, solch hohe Summen vorzustrecken.

5. Kommunen nicht im Stich lassen

2021 ist das Jahr, in dem die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ganz oben auf der politischen Agenda stehen muss, denn es geht um gleiche Teilhabechancen unabhängig von der Postleitzahl. Bildungsperspektiven von Kindern, die Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen, zukunftsfähige Wohn- und Lebensräume müssen in Stadt und Land, in jeder Kommune, gesichert werden. Aber nur, wo Kommunen selbst ausreichende finanzielle Mittel haben, können sie in Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden ein tragfähiges Netz sozialer Daseinsvorsorge knüpfen.

- Die soziale Infrastruktur, die Bereitstellung der Hilfen für Familien und Bedürftige darf nicht an fehlenden Finanzmitteln der Kommunen scheitern. Sie müssen daher mit Bundes- und Landesmitteln stärker unterstützt werden. Auch im Jahr 2021 müssen die Gewerbesteuerausfälle der Kommunen kompensiert werden, damit die Kommunen handlungsfähig bleiben und die erhöhten Hilfebedarfe finanzieren können. Kommunale Haushalte müssen auch im Jahr 2022 Defizite ausweisen können.
- Mit Blick auf die Finanzierung der Eingliederungshilfe sollte das Land Bayern auch für die Bezirke einen Rettungsschirm einrichten.